



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK  
UND WEHRWISSENSCHAFT

POSTFACH 65, 8024 ZÜRICH

---

## **Sicherheitspolitische Information**

Herausgegeben vom Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)  
Postfach 65, 8024 Zürich (PC 80–500-4)

[www.Chinfo.ch/vsww](http://www.Chinfo.ch/vsww)

Präsident: Dr. Günter Heuberger

Redaktion: Dr. Daniel Heller

---

November 2003

## **Armee XXI und materielle Bereitschaft:**

# **Eckwerte und Postulate zur künftigen schweizerischen Rüstungspolitik**

von Oberstlt i Gst Daniel Heller, Geschäftsführer VSWW, Erlinsbach

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Globale Trends in der Rüstungspolitik</b> .....	<b>3</b>
2.1	Zuerst realer Rückgang, dann Anstieg der Verteidigungsausgaben .....	3
2.2	Weltweite Konzentration in der Rüstungsbranche .....	4
<b>3</b>	<b>Politische Rahmenbedingungen</b> .....	<b>5</b>
3.1	Neue Sicherheitspolitik der Schweiz .....	5
3.2	Alte und neue Grundsätze der Rüstungspolitik des Bundes .....	5
3.2.1	Wirtschaftlichkeit .....	6
3.2.2	Internationale Kooperation .....	6
3.2.3	Bedeutsame schweizerische Industriebasis .....	6
3.3	Die Bedeutung der Rüstungsunternehmen des Bundes .....	8
<b>4</b>	<b>Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Beschaffungsvorhaben</b> .....	<b>8</b>
4.1	Zur Beschäftigungswirksamkeit der Beschaffungen der Armee .....	8
4.2	Umfang und Bedeutung der Kompensationsgeschäfte .....	10
<b>5</b>	<b>Schafft die Armee XXI den Technologiesprung?</b> .....	<b>10</b>
5.1	Weniger Quantität, mehr Qualität .....	10
5.2	Betriebsausgaben «fressen» Investitionen weg .....	11
<b>6</b>	<b>Neue Herausforderungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern</b> .....	<b>12</b>
6.1	Hochtechnologien stehen im Vordergrund .....	12
6.2	Keine Abhängigkeit vom Ausland bei zentralen Rüstungsgütern .....	12
6.3	Beispiel Führungsinformationssystem (FIS) .....	13
<b>7</b>	<b>Fazit: Kriterien zukünftiger Rüstungspolitik</b> .....	<b>14</b>

## 1 Vorwort

Die eigene Rüstungsindustrie war und ist ein zentrales Element für die Schweizer Sicherheitspolitik. Um jederzeit die materielle Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee sicherzustellen, braucht es eine vorausschauende Planung im Sinne einer Rüstungspolitik sowie die Möglichkeit, auf Ressourcen im eigenen Land zurückgreifen zu können. Material und Ausrüstung müssen in einer zweckmässigen Bereitschaft erhalten werden. Ohne entsprechendes eigenes industrielles Potential in der Schweiz kann diese Zielsetzung nicht sichergestellt werden.

Die Schweiz war bereits im 20. Jahrhundert eigentlich nie in der Lage, rüstungsmässig völlig autark zu sein. Das eigene Entwicklungs- und Produktionspotential war und ist etwa in den Bereichen Panzerwaffen, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Lenkwaffen beschränkt. Ein Ziel der schweizerischen Rüstungspolitik stellt aber bis heute die Wahrung einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland dar. Muss auf die Eigenentwicklung verzichtet werden (der Bundesrat hat zum Beispiel im Jahre 1979 auf den Bau eines eigenen Kampfpanzers verzichtet) so bietet sich quasi als zweitbeste Lösung der Nachbau ausländischer Waffensysteme in Lizenz an. Die daraus entstehenden Synergien sind für das Überleben der schweizerischen Industrien von grosser Bedeutung.

Heute sind die zunehmende Spezialisierung und die dadurch entstehenden Anforderungen an Hightech-Produkte mit hohen Forschungsaufwendungen verbunden. Ist auf dem schweizerischen Markt kein geeignetes Material zu konkurrenzfähigen Bedingungen erhältlich und will der Staat nicht wie in früheren Jahren Eigenentwicklungen subventionieren, so muss ausländisches Material gekauft werden. Soweit möglich, wird dabei aber darauf geachtet, dass Beteiligungsmöglichkeiten für die Schweizer Industrie ausgehandelt werden. Diese indirekten Beteiligungsgeschäfte haben einerseits eine beschäftigungswirksame Komponente, andererseits schaffen sie auch die Voraussetzung für einen Know-how Transfer.

Die Armee XXI muss nicht nur organisatorisch gelingen und umgesetzt werden. Sie muss auch den Technologiesprung schaffen. Gewaltige Investitionen sind dazu notwendig. Unsere Verteidigung wird – trotz Finanzknappheit und vermehrter Kooperation – auch in Zukunft auf Schweizer Lieferanten und Produzenten angewiesen sein. Die vorliegende Studie versucht aufzuzeigen, wie eine sinnvolle schweizerische Rüstungs- und Industriepolitik aussehen könnte.

Dr. Günter Heuberger, Präsident

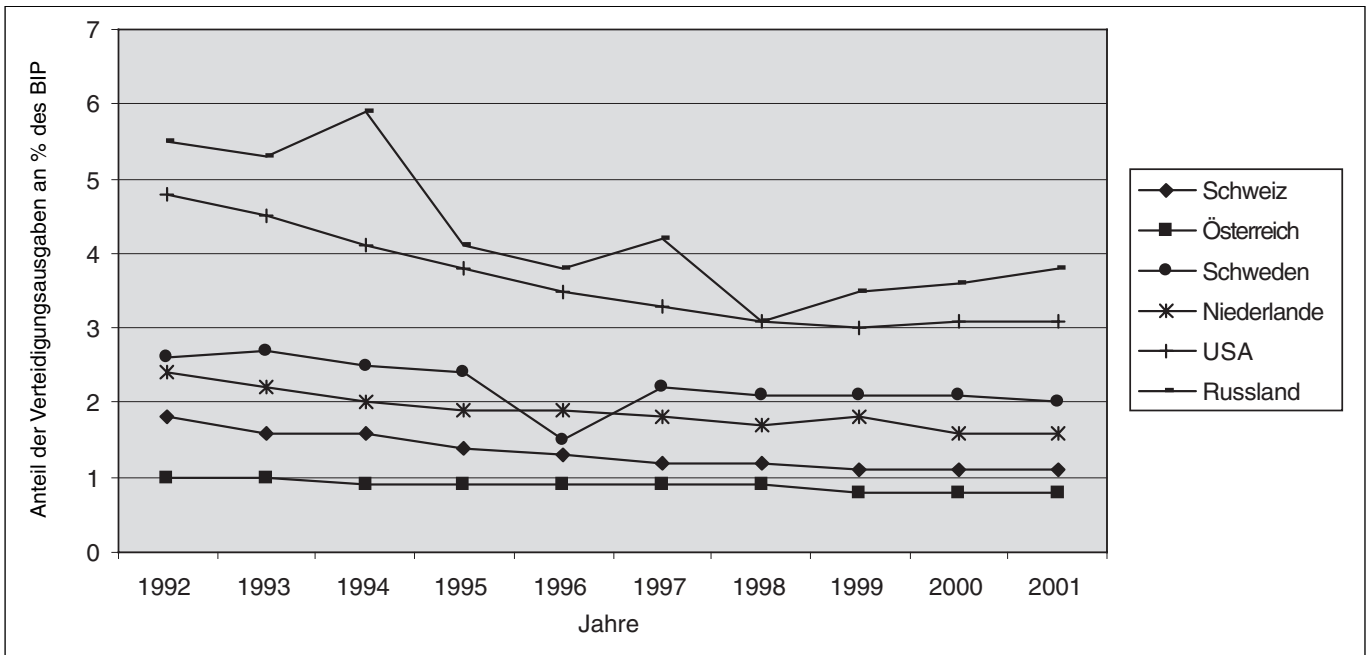
## 2 Globale Trends in der Rüstungspolitik

Seit dem Beginn der 90er Jahre ist die weltweite Rüstungspolitik durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: *Starke Schwankungen bei den Verteidigungsausgaben* und *weltweite Konzentration in der Rüstungsbranche*.

### 2.1 Zuerst realer Rückgang, dann Anstieg der Verteidigungsausgaben

Von 1987 bis 1995 gingen die Verteidigungsausgaben im Gefolge des Zusammenbruches des Ostblockes weltweit real (d.h. inflationsbereinigt) vorerst um rund einen Drittel zurück. Den grössten Rückgang verzeichnete Russland, aber auch in den USA, Lateinamerika und Afrika erfolgten grosse Einschnitte in den Rüstungsbudgets. Die einzige Ausnahme bildete Asien, wo die Verteidigungsausgaben im gleichen Zeitraum um rund einen Viertel anstiegen. Der allgemeine Trend zum Rückgang wurde Mitte der 1990er Jahre gebremst: Die zur Verfügung stehenden Angaben über die Rüstungsproduktion der 100 führenden Staaten (ohne China) zeigen, dass der Rückgang 1995 endete und seither

Graphik 1: Entwicklung der internationalen Ausgaben für die Landesverteidigung gemessen am Anteil des Bruttoinlandprodukts (BIP) – ausgewählte Staaten 1990–2001



Quelle: The SIPRI Military Expenditure Database ([www.sipri.com](http://www.sipri.com))

auf gleich bleibendem Niveau stagnierte. Ende der 1990er Jahre lässt sich dann bei den westeuropäischen Militärbudgets wieder *ein reales Wachstum feststellen*. Das gilt auch für kleine und neutrale, mit der Schweiz vergleichbare Staaten. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert leiteten dann die USA und später auch Russland eine weitere deutliche Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben ein.

Mit dem Ende des Wettrüstens der Supermächte schien die Welt nur vorübergehend friedlicher zu werden. Bald wurde das Gegenteil deutlich! Die Bipolarität des Kalten Krieges mutierte rasch zur Multipolarität mit vielen regionalen Konflikten. Wohl werden tendenziell alle Armeen kleiner, dafür werden die Anforderungen immer anspruchsvoller. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen im Kosovo und in den Irak-Kriegen wird seit mehreren Jahren kaum noch von Abrüstung gesprochen – im Gegenteil: es wird über die Modernisierung der Armeen mit *allen materiellen Konsequenzen* nachgedacht. Die Umwandlung in kleinere, aber dank neuen Waffentechnologien schlagkräftigere und mobilere Streitkräfte mit modernen Informations- und Führungssystemen ist bereits in vollem Gange – *mit erhöhtem Mitteleinsatz*.

## 2.2 Weltweite Konzentration in der Rüstungsbranche

Der weltweite Einbruch der Militärausgaben führte zunächst zu einer erneuten *Konzentration in der Rüstungsproduktion*. Die Gesetze des freien Marktes und die Globalisierung haben diese Tendenzen in den 1990er Jahren weiter verstärkt. Der Konzentrationsprozess in der Rüstungsindustrie ist in vielen Ländern schon weit fortgeschritten. Weil die Grenzen des nationalen Wachstums erreicht sind, gleichzeitig aber die weltweite Konkurrenz zunimmt, steigt der Druck für *internationale Zusammenschlüsse*. Die Umstrukturierungen im letzten Jahrzehnt haben zur Bildung von riesigen Rüstungskonzernen geführt, deren Jahresumsätze grösser sind, als die Verteidigungsbudgets der meisten Staaten der Welt. Die grossen Rüstungskonzerne teilen ebenfalls ein immer grösseres Stück des Marktes unter sich auf – wenige Staaten dominieren den Markt. Schätzungen ergeben, dass die Rüstungsproduktion der zehn führenden Staaten rund 90% der Weltproduktion umfasst (ohne China). Die USA allein liefern dabei rund die Hälfte der weltweiten Rüstungsproduktion, während die beiden folgenden Länder, Frankreich und Gross-

britannien, auf jeweils 10% kommen; danach folgen Deutschland, Japan und Russland mit jeweils etwa 4%. Das ist allerdings nichts Neues: Bereits in den Zwanzigerjahren dominierten die damaligen Mächte Grossbritannien, Frankreich, USA mit über 50% und fünf weitere Staaten mit weiteren 34% die internationalen Rüstungsmärkte.

In der Aera nach dem Kalten Krieg löste eine neue globale Wirtschaftsbranche die primär national ausgerichteten Verteidigungsindustrien zunehmend ab. So wie die Autohersteller in den 80er Jahren ein «Weltauto», dessen Bestandteile aus den verschiedensten Ländern stammten, haben die Konzerne und die Regierungen der wichtigsten Militärmächte in den 90er Jahren den Grundstein für ein «Welt-Kampfflugzeug» gelegt. Schon heute werden beispielsweise die Bestandteile des F-16-Kampfflugzeugs in einem Dutzend Länder hergestellt, darunter sind als wichtigste Zulieferer Israel, Südkorea, Türkei und Taiwan.

### 3 Politische Rahmenbedingungen

#### 3.1 Neue Sicherheitspolitik der Schweiz

Gemäss Sicherheitspolitischem Bericht des Bundesrates (SIPOL B 2000) umfasst der Auftrag der Armee *Beiträge zur Friedensunterstützung und Krisenbewältigung im internationalen Rahmen, die Raumsicherung und Verteidigung sowie subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren*. Dabei handelt es sich um drei grob umrissene Grundaufgaben, für die sich die Armee vorbereiten und lagegerecht bereithalten muss.

Ihre Reihenfolge entspricht dem gestützt auf die Bundesverfassung erarbeiteten sicherheitspolitischen Konzept, nicht jedoch einer bestimmten Gewichtung. Wollte man nach dem Kriterium der *Eintretenswahrscheinlichkeit* ge-

wichten, so wären in der derzeitigen Lage die Funktionen im Rahmen der subsidiären Einsätze im Vordergrund, die klassische Verteidigung an dritter Stelle. Nähme man die personellen, finanziellen und materiellen Investitionen als Kriterium, so hat die Verteidigungsfähigkeit das höchste Gewicht, die anderen Einsatzformen sind ganz wesentlich weniger ressourcenbindend.

Unabhängig von der Gewichtung haben die im SIPOL B 2000 aufgeführten Aufträge aber auf jeden Fall materielle Konsequenzen.

#### 3.2 Alte und neue Grundsätze der Rüstungspolitik des Bundes

Mit der Rüstungspolitik definiert der Bund die Grundzüge der Rüstungsbeschaffung, regelt Fragen der Industriekooperation, der internationalen Zusammenarbeit und klärt die Rolle sowie den Einbezug der schweizerischen Industriebasis.

Die bis zur Einführung der Armee XXI geltenden Grundsätze des Bundesrates für die Rüstungspolitik vom 9. Dezember 1996 lauteten auf 2 Nenner gebracht:

- *Die Landesverteidigung ist auf eine ausreichende inländische Industrie- und Gewerbebasis angewiesen.*
- *Ein gegebenes militärisches Bedürfnis ist in erster Linie durch eine Beschaffung im Inland zu decken, sofern ein entsprechendes Produkt durch die eigene Industrie zu konkurrenzfähigen Bedingungen angeboten wird.*

Das *Armeereformprojekt Armee XXI* hat auch auf die Rüstungspolitik Auswirkungen. Stichworte dazu lauten: Die stark verkleinerte Armee hat Beschaffungen in kleineren Stückzahlen zur Folge. Umgekehrt bewirkt die Substitution von Quantität durch Qualität mit *moderneren Technologien* auch eine zunehmende *Komplexität moderner Rüstungsgüter*. Und zur Beschaffung dieser Güter stehen die Behörden einer *fortschreitenden Konzentration* im internationalen Rüstungsmarkt gegenüber.

Mit der vom Bundesrat am 29. November 2002 verabschiedeten neu definierten Grundsätzen für die Rüstungspolitik des VBS soll diesen Veränderungen Rechnung getragen werden. Das Ziel der Rüstungspolitik bleibt die *rechtzeitige, langfristige, verlässliche und an wirtschaftlichen Prinzipien orientierte Erfüllung der Bedürfnisse nach Gütern, Bauten und Dienstleistungen für die Armee und für den Bevölkerungsschutz*. Schon in den Grundsätzen von Anno 1996 wurde gefordert, dass *«der Wettbewerb gestärkt und vermehrt auf dem Markt erhältliches Material beschafft werden»* soll. *«Zur Erhaltung der für die Landesverteidigung wichtigen Technologien und des damit verbundenen Know-how soll, wie bisher, die Schweizer Industrie direkt oder indirekt beteiligt werden.»* Helvetisierungen seien auf das Notwendigste zu beschränken. Die Grundsätze von 2002 bestätigen dies. Die Auslandsabhängigkeit der Schweiz für Rüstungsgüter sei bereits heute sehr hoch, internationale Kooperationen entsprechend wichtig.

Nach wie vor benötigt die Schweiz aber aus *sicherheitspolitischen Gründen auch Autonomie*. Wenn in der Schweiz Produkte und Know-how zu konkurrenzfähigen Preisen vorhanden sind, sind Beschaffungen mit Schweizer Steuergeldern auch in der Schweiz zu investieren. Autonomie ist zum Beispiel für die Instandhaltung unabdingbar. Dieses Postulat der Unabhängigkeit erfordert eine *ausreichende schweizerische Industriebasis*. Sie wird unter anderem durch die privatrechtlichen Rüstungsunternehmen des Bundes gewährleistet. Die Schweizer Industriebasis muss allerdings umgekehrt exportfähig sein, da der Schweizer Heimmarkt mit der verkleinerten Armee XXI für Rüstungsgüter viel zu wenig hergibt. Bei alledem ist es erklärtes Ziel des Rüstungschefs, bei Beschaffungen eine *optimale Schweizer Wertschöpfung* zu erzielen.

### 3.2.1 Wirtschaftlichkeit

Die Rüstungspolitik des VBS ist auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Alle Rüstungsaktivitäten haben sich deshalb auch am Wettbewerb zu orientieren und die Vorgaben des öffentlichen Beschaffungswesens des Bundes

zu beachten (Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen BoeB/VoeB). Kosten-Nutzen-Überlegungen sollen ab Beginn des Evaluationsverfahrens eingebracht werden. Durch konsequente Anwendung materialwirtschaftlicher Prozesse, insbesondere durch eine zentrale Beschaffung, wird das Einkaufspotential möglichst optimiert. Die diesbezüglichen Beschaffungsvorschriften des Bundes sollen – wie im Submissionswesen seit Jahren üblich – sicherstellen, dass der Güter und Dienstleistungen zu marktgerechten Bedingungen einkauft werden.

### 3.2.2 Internationale Kooperation

Die Ausrüstung der Armee soll, soweit notwendig und sinnvoll, mit jener unserer Nachbarstaaten und anderer Partnerstaaten kompatibel sein. Internationale Standards sollen vermehrt Massstab sein. Die *Grenzen* derartiger internationaler Kooperation werden dabei durch die Aussen- und Sicherheitspolitik bestimmt. Auch die Rüstungspolitik hat neutralitätspolitische Auflagen einzuhalten.

Von internationalen Kooperationen im Rüstungsbereich erhofft man sich vor allem auch Kostenoptimierungen. Möglichkeiten der Teilnahme an internationalen Entwicklungs- und Beschaffungsprojekten sollen bereits in der Planungsphase abgeklärt werden. Eigenentwicklungen kommen dann Frage, wenn *eigenständige Lösungen sicherheitspolitisch bedingt* sind und nicht zu wesentlich teureren Lösungen führen.

### 3.2.3 Bedeutsame schweizerische Industriebasis

Die schweizerische Industriebasis im Wehrbereich ist somit auch *heute noch von sicherheitspolitischer Bedeutung*. Sie muss sicherstellen, dass für die Armee wesentliche Leistungen erbracht werden können, sowohl bei Beschaffungen als auch bei der Instandhaltung. Sie muss sich zudem dem Wandel der geforderten Kernfähigkeiten und Technologiefelder permanent anpassen. Das fällt ihr umso leichter, als auch die Schweizer Industrie heute

Tabelle 1: Schweizer Exporte und Importe der Warengruppe Wehrtechnik (Waffen und Munition)

Jahr	Exporte Mio. CHF	Veränderung gegenüber Vorjahr	Importe Mio. CHF	Veränderung gegenüber Vorjahr
2002	216	+ 4,3%	237	+ 26,1%
2001	207	+ 27,1%	188	+ 4,2%
2000	163	- 9,4%	180	- 22,2%
1999	180	+ 16,3%	232	+ 13,7%
1998	155	- 18,2%	204	+ 15,8%
1997	190	+ 29,2%	176	+ 24,4%
1996	146	+ 85,3%	141	- 22,0%
1995	80	- 49,6%	181	- 22,5%
1994	158	- 3,3%	234	- 19,8%
1993	164	+ 10,7%	291	- 14,8%
1992	148	- 37,0%	342	- 11,1%

Quelle: Medienmitteilung vom 4. September 2003 der Eidgenössischen Zollverwaltung.

*mannigfaltig international* vernetzt, ja oft sogar Bestandteil grösserer *internationaler Konzerne* geworden ist und in den Schweizer Produktionsstätten über ausgewiesene und hochqualifizierte Spezialisten verfügt.

Die Mitwirkung der Schweiz und der schweizerischen Industrie in der internationalen Wehrtechnikkooperation erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Partnern. Von der Industrie wird ein aktives Engagement erwartet, auch bei Kosten und Risiken. Die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik unterstützt sie dabei. Offset- oder Kompensationsgeschäfte bei Beschaffungen im Ausland sollen weiterhin dazu dienen, der Schweizer Industrie auch den Zugang zu ausländischen Märkten zu öffnen, bzw. ihre Stellung in diesen Märkten zu stärken. Die meisten Schweizer Hersteller von wehrtechnischen Gütern mussten sich *schon immer auf Exportmärkte ausrichten*, wenn sie an der Spitze mithalten wollten. Deshalb ist auch so wichtig, dass das Schweizer Volk mehrere Male *übertriebene Exportbeschränkungen* für die Schweizer Rüstungs- und Dual-Use Güter Industrie *deutlich abgelehnt hat*, das letzte mal 1997.

Die Schweizer Hersteller von wehrtechnischen Gütern richten sich denn auch zunehmend auf Exportmärkte aus (vgl. Tabelle 1).

Der Bundesrat erwartet gemäss der neuen Rüstungspolitik von der Schweizer Industrie ausdrücklich, dass sie sich international mittels Kooperationen engagiert, und sich so das auch für die Schweizer Armee wichtige Know-how sichert. Ein solches Engagement ist jedoch nur dann erfolgreich, wenn es von langfristigem Denken und gegenseitigem Vertrauen getragen wird. Kurzfristige, von der Tagespolitik diktierte politische Entscheide stehen diesem Anliegen diametral entgegen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre zum *Beispiel der Ausfall eines Rüstungsprogrammes 2004, wie es offenbar erwogen wird, inakzeptabel und mit den selbst gewählten rüstungspolitischen Guidelines nicht kongruent*.

Die wehrtechnische Industrie der Schweiz ist eben auch auf eine *Heimbasis angewiesen*, um sich den international erwarteten Leistungsausweis sichern zu können. Ein rüstungstechnisches Produkt, das von der Armee des Herstellungslandes nicht beschafft wird, obwohl

Bedarf ausgewiesen ist, hat auf dem Exportmarkt erfahrungsgemäss kaum eine Chance. Dass die private wehrtechnische Industrie in der Schweiz dank der exzellenten fachlichen Qualifikationen der Beschäftigten eine Zukunft hat, wird vom zunehmenden Engagement ausländischer Rüstungsunternehmen in der Schweiz (z. B. deutsche Rheinmetall, kanadische GM, Siemens) unterstrichen. Die heimische Wehrindustrie schafft und erhält sich so das Know-how für den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Ausrüstung unserer Armee.

Auch im privaten Rüstungssektor haben Veränderungen stattgefunden. Eine eigenständige Produktion konnte in der jüngsten Vergangenheit noch bei den Fliegerabwehrgeschützen, den Schützenpanzern, bei Geländewagen und bei Handfeuerwaffen aufrechterhalten werden. In letzter Zeit wurden einzelne Unternehmungen aus ganzen Konzernen herausgelöst respektive an ausländische Unternehmen verkauft. Sie behalten aber ihre Schweizer Kapazitäten.

### 3.3 Die Bedeutung der Rüstungsunternehmen des Bundes

Die Rüstungsunternehmen des Bundes sind seit dem 1. Januar 1999 als *privatwirtschaftlich organisierte Aktiengesellschaften* tätig. Die teilprivatisierten Firmen sind unter der Holding RUAG Suisse AG, an welcher der Bund vor derhand noch die Mehrheit hält, zusammengefasst.

Mit der Schaffung der RUAG AG verfolgte der Bundesrat bewusst das Ziel, dem Unternehmen die Möglichkeit zu geben, im In- und Ausland, angesichts des schrumpfenden Rüstungsmarktes und der fortschreitenden Konzentration der Wehrtechnikindustrie, *Partnerschaften* eingehen zu können. Zudem soll so das öffentliche Interesse am Erhalt eines Industriepotenzials nachhaltig gesichert werden. Will die Schweiz bezüglich ihrer eigenen Wehranstrengungen nicht gänzlich vom Ausland abhängig werden, muss der Industrie die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Rüstungssektor gestattet sein. Rüstungspolitik und Eignerstrategie des

Bundesrats postulieren deshalb, dass RUAG mittels internationaler Kooperationen den Rückgang des Bundesgeschäfts kompensieren und so die Aufgaben zugunsten der Armee weiterhin sicherstellen soll. Die neue Rechtsform einer Aktiengesellschaft ermöglicht es der RUAG, im Markt flexibler auf die Herausforderungen der Zukunft zu reagieren, auch in angrenzenden Gebieten tätig sein und zugleich Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern einzugehen und damit günstig an Know-how heranzukommen.

Kooperationen sind immer auf lange Frist ausgerichtet und sind nur dann erfolgreich, wenn sich die Partner aufeinander verlassen können. Auf dieser Basis hat RUAG gestützt auf die vom VBS mit ausländischen Herstellern abgeschlossene Kompensationsgeschäfte solche langfristigen Beziehungen in den vergangenen Jahren erfolgreich aufbauen können. Damit wird wichtiges Know-how für die eigene Armee gesichert, aber auch *wertschöpfende Arbeitsplätze* mit dem entsprechenden Ausbildungsangebot in verschiedenen Regionen unseres Landes.

Der Hauptauftraggeber Schweizer Armee wird sich voraussichtlich im Rahmen von Armee XXI verkleinern und damit auch die staatlichen Aufträge (bisher 86 Prozent des Auftragsvolumen). Gemäss einem Beschluss des Verwaltungsrates soll die RUAG bis 2005 den Anteil der Dritt-Aufträge, insbesondere auf dem europäischen Rüstungsmarkt, auf 30 Prozent steigern. Inzwischen erhält die RUAG gut 50 Prozent seiner Aufträge von Dritten (2000: 24 Prozent). Für 2006 erwartet die Konzernspitze, dass der Umsatz zu einem Drittel aus Geschäften mit dem Bund, zu einem Drittel aus Geschäften mit Dritten (Wehrtechnik) und zu einem Drittel aus Geschäften mit zivilen Kunden zusammensetzt.



## 4 Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Beschaffungsvorhaben

Die Schweiz hat nicht eine Armee, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Vielmehr ist die Armee nach wie vor das *zentrale Machtinstrument der Sicherheitspolitik des Bundes*.

### 4.1 Zur Beschäftigungswirksamkeit der Beschaffungen der Armee

Dennoch sind die Ausgaben für die Landesverteidigung für die Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie, im Gewerbe und in der Verwaltung von *grosser Bedeutung*. Tausende von Arbeitsplätzen in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der

zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe sind davon abhängig. Bei Materialbeschaffungen der Schweizer Armee sind die Zulieferer wichtig. Die Schweizer Armee beschafft jährlich für rund 2,5 Milliarden Franken Rüstungsmaterial. Sie betraut mit diesen Aufträgen vorwiegend Generalunternehmer, die einen grossen Teil davon an *Zulieferer* weitergeben. Es wird geschätzt, dass vom gesamten Beschaffungsvolumen jährlich rund 1,2 Milliarden Franken bei der *Zulieferindustrie beschäftigungswirksam* werden. Daran sind zu rund achtzig Prozent Hunderte von Firmen in allen Landesteilen beteiligt.

Dazu einige Beispiele: An der Lizenzproduktion der Panzer 87 Leopard waren in der Schweiz rund 800 Zulieferfirmen beteiligt. Von der Sturmgewehrproduktion profitieren rund 100 Firmen. Beim Lieferwagen Duro beteiligen sich über 180 Zulieferer. An der begrenzten Herstellung resp. Montage von F/A 18 Teilen waren

Tabelle 2: Betrachtung der Rüstungsprogramme 1990–2003 bezüglich des Inlandanteils

RP-Jahr	Gesamtes RP in Mio. CHF	Inlandanteil in %	Inlandanteil in Mio. CHF
1990	1'407	92%	1'295
1991	1'770	69%	1'215
1993	1'947	70%	1'361
1995	1'342	64%	854
1996	1'594	58%	926
1997	1'535 bzw. 1'373	71%	1'089
1998	1'315	90%	1'184
1999	1'019	45%	456
2000	1'178	80%	934
2001	980	82%	800
2002	711	70%	470
2003	407	12%	36
<b>Durchschnittlich pro Jahr</b>	<b>1276</b>	<b>67%</b>	<b>885</b>

Quelle: Botschaften über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramme) des Bundesrats; 1994 wurde infolge der F/A-18-Beschaffung auf ein Rüstungsprogramm verzichtet. Die Beschaffung der F/A-18 im Jahre 1992, die in dieser Statistik nicht erfasst ist, löste Direktaufträge an die Schweizer Industrie von CHF 311 Mio. aus. Weiter löste die Beschaffung der F/A-18 Kompensationsgeschäfte in der Grössenordnung von ca. CHF 2 Mrd. aus. Seit dem Jahr 2001 sind die Einbrüche dramatisch.

60–70 Lieferanten beteiligt. Im Zusammenhang mit der F/A 18 Beschaffung haben bis heute über 230 Schweizer Zulieferer in 22 Kantonen für nahezu 800 Millionen Franken Aufträge erhalten. Da sich viele Rüstungsgeschäfte in Hochtechnologiebereichen abwickeln, werden an die Zulieferanten bezüglich Qualität, Termintreue und Konkurrenzfähigkeit sehr hohe Anforderungen gestellt.

Im Rahmen der Rüstungsprogramme (RP) 1995 bis 2001 sieht die gesamte Schweizer Industriebeteiligung (inklusive Rüstungsunternehmen, RUAG) wie folgt aus:

- *direkte Beteiligung (als Lieferant oder Unterlieferant im jeweiligen RP): rund 4,2 Milliarden Franken;*
- *indirekte Beteiligung (Offset, Kompensationsgeschäfte): rund 3,2 Milliarden Franken.*

Auftragnehmer waren die in Aktiengesellschaften umgewandelten Bundesbetriebe sowie die Privatwirtschaft. Das entsprach im Jahr 1'100 Millionen Franken oder pro Jahr durchschnittlich 7'300 Mann/Jahre. Dabei ist hier die Rede von meist hochwertiger industrieller und gewerblicher Arbeit. Im Schnitt machte der Inlandanteil der Rüstungsbudgets im vergangenen Jahrzehnt jeweils rund eine Milliarde Franken aus.

## 4.2 Umfang und Bedeutung der Kompensationsgeschäfte

Seit 1975 werden bei der Beschaffung von ausländischem Rüstungsmaterial Gegengeschäfte durchgeführt. Das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (In Kraft getreten am 1. Januar 1996) hält dazu fest:

### *Art. XVI Kompensationsgeschäfte*

*1. Die Beschaffungsstellen sollen bei der Qualifikation und Auswahl der Anbieter, Waren und Dienstleistungen oder bei der Bewertung der Angebote oder der Zuschlagserteilung Kompensationsgeschäfte weder erzwingen, anstreben noch in Betracht ziehen.*

*2. Aus grundsätzlichen politischen Erwägungen und insbesondere im Hinblick auf entwicklungspolitische Bedürfnisse dürfen Entwicklungsländer zum Zeitpunkt ihres Beitritts Bedingungen zum Einsatz von Kompensationsgeschäften aushandeln, zum Beispiel die Anforderung, dass zu einem bestimmten Anteil inländische Erzeugnisse zu verwenden sind. Derartige Anforderungen werden nur zur Entscheidung über die Teilnahme am Beschaffungsverfahren und nicht als Kriterium bei der Zuschlagserteilung gestellt. Die Bedingungen müssen objektiv, eindeutig und nicht diskriminierend sein. ...*

Kompensationsgeschäfte im öffentlichen Beschaffungswesen sind Massnahmen, welche darauf abzielen, mit Vorschriften bezüglich nationaler Rohstoffanteile (domestic content), Lizenzerteilung für Technologie, Investitionsvorschriften, Ausgleichshandel oder ähnlichen Anforderungen die lokale Entwicklung zu fördern oder Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beheben.

Adressaten der Kompensations- oder Offsetgeschäfte sind die Schweizer Privatindustrie – insbesondere die Maschinen-, die Elektro- und die Metallindustrie –, die Schweizer Wehrtechnikindustrie und die Schweizer Luftfahrtindustrie. Seit der Rechtsformänderung ist auch die RUAG einer der Adressaten im Offsetbereich. Schweizer Firmen, welche einen Auftrag im Rahmen von Kompensationsgeschäften erhalten haben (Bedingung ist u. a. die Wettbewerbsfähigkeit), bescheinigen dies auf einem entsprechenden Offset-Formular. Die Überwachung des Vollzuges erfolgt durch die armasuisse in Zusammenarbeit mit Swissmem. Ohne Zustimmung der einzelnen Firmen dürfen nicht Firmennamen mit spezifischen Angaben gegenüber Dritten offengelegt werden. Die armasuisse führt daher keine Statistiken bezogen auf einzelne Schweizer Firmen, sondern Offset-Gesamtstatistiken, welche die Erfüllung der Offsetverpflichtungen belegen.

## 5 Schafft die Armee XXI den Technologiesprung?

### 5.1 Weniger Quantität, mehr Qualität

Das Rüstungsprogramm 2003 hält fest:  
*Armee XXI*

Von der Armee wird erwartet, dass sie die im Sicherheitspolitischen Bericht (SIPOL B 2000) definierten Aufträge erfüllt:

- Beiträge zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung
- Raumsicherung und Verteidigung
- Subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren

Die mit diesen Aufträgen verbundenen Leistungen erstrecken sich über alle Lagen und müssen massgeschneidert erbracht werden können. Die Armee XXI muss deshalb als Ganzes *multifunktionaler, mobiler flexibler, präziser und leistungsfähiger* werden. Damit nimmt der *Technologiegrad* zu. Er orientiert sich an anderen westeuropäischen Staaten: *Das seit den Massenheeren im Gefolge der Wehrpflicht geltende Primat der Quantität wird definitiv durch Qualität ersetzt.*

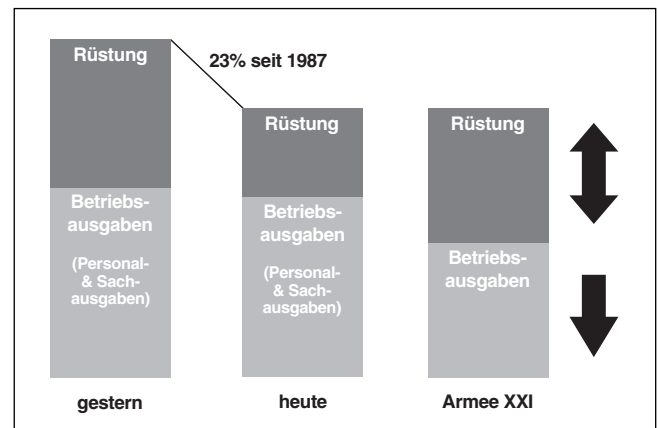
Der von der Sicherheitspolitik nach wie vor geforderte, relativ hohe Grad an *Selbständigkeit und die doktrinale Ausrichtung* bestimmen wesentlich die materielle Ausstattung der Armee. Forderungen wie Leistung aus dem Stand, erhöhte Reaktionsfähigkeit und die zunehmende technische Vernetzung *bedingen insbesondere einen wesentlichen materiellen Ausbau der informatikgestützten Aufklärung, Führung und Feuerleitung.* Weiter beeinflussen die Anforderungen bezüglich Durchhaltefähigkeit die Bedürfnisse im Rahmen der Rüstungsplanung. Die in der Rüstungsplanung *mit Schwergewicht zu fördernden Ausrüstungsbereiche* sind:

- Aufklärungs-, Führungs- und Feuerleitungsverbund
- Schutz bei Mobilität und Einsatz
- Zeitlich, örtlich und bezüglich Wirkung präzises Feuer
- Ausbildungsunterstützung

### 5.2 Betriebsausgaben «fressen» Investitionen weg

Aufgrund der veränderten Anforderungen ergibt sich ein Nachholbedarf in der Rüstung. (vgl. Graphik 2).

Graphik 2: Nachholbedarf in der Rüstung



Die Armee hat die von ihr geforderten Leistungen möglichst kostengünstig zu erbringen. Gleichzeitig sind aber die Modernisierung, Ausrüstung und Betrieb einer Armee, die dem Auftrag, der Lage und der Doktrin entspricht sowie mit dem technologischen Fortschritt Schritt hält, mit erheblichen Kosten verbunden. Daraus ergibt sich ein *Nachholbedarf bei den Investitionen, insbesondere der Rüstung, weil die Budgetkürzungen im vergangenen Jahrzehnt schneller erfolgten als sie betrieblich umgesetzt werden konnten.* Dies hatte zur Folge, dass der Anteil der Betriebsausgaben im Verteidigungsbudget zunahm, während der Anteil der Rüstungsausgaben zurückging.

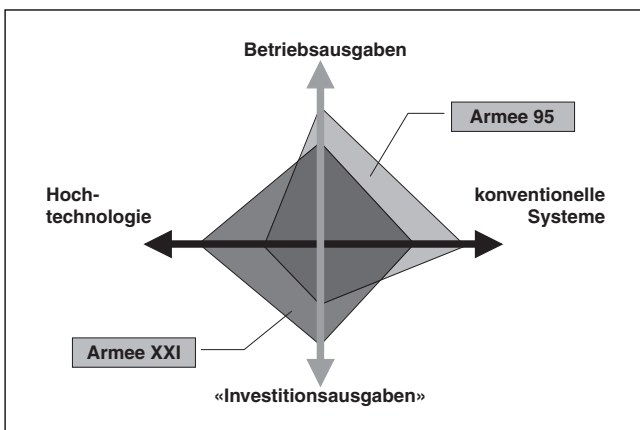
Ein erster markanter Rückgang resultierte aus Kürzungen, die durch den Wegfall der konkreten militärischen Bedrohung möglich wurden («Friedensdividende»). Ein zweiter erfolgte mit der Umsetzung der Armee 95, ein dritter mit dem Stabilisierungsprogramm 1998. Weil die Betriebsausgaben nicht kurzfristig gekürzt werden konnten, mussten die *Rüstungsausgaben verringert* werden.

*Soll die Armee XXI Realität werden, muss es in den nächsten Jahren darum gehen, dieses strukturelle Ungleichgewicht zwischen Rüstungs-*

und Betriebsausgaben zu beheben und den Anteil der militärischen Investitionen an den Gesamtausgaben deutlich zu steigern.

Das Spannungsfeld in der Rüstungsbeschaffung wird einerseits durch die Gewichtung zwischen den Betriebs- und den Rüstungsausgaben, aber auch vom Technologiewandel geprägt (vgl. Graphik 3).

Graphik 3: Spannungsfeld der Rüstungsplanung



Der Trend zu einer dem Milizsystem und dem hohen Ausbildungsniveau angepassten höheren Technologie ist auch in der Armee zwingend, weil dadurch fehlende Quantität durch Qualität im Sinne der *«Force Multiplier»* kompensiert wird. Beispiele sind: Nachtkampftauglichkeit, Führungs- und Informationssysteme, Sensoren im Verbund mit Führungs- und Informationssystemen, Kampfwertsteigerungsmassnahmen, Überwachungssysteme für Objektschutzaufgaben und Simulatoren.

*Der strategische Handlungsbedarf für Armee XXI zeigt hier klar, welche Tendenz anzustreben ist. Die Armeepolitik ist dringend gefordert, die Defizite in den Bereichen Führung und Aufklärung aus den freiwerdenden Mitteln in Folge der zahlenmässigen Reduktion konventioneller Systeme zu decken. Zudem müssen die Mittel für eine Erhöhung des Anteils an militärischem Personal und den Übergang zum Einjahresrhythmus der Wiederholungskurse freigestellt werden. Ohne Rückendeckung durch die Politik, wird das angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre kaum zu schaffen sein.*

## 6 Neue Herausforderungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern

Die aus der schlechten Wirtschaftslage entstehenden Einbrüche bei den Steuereinnahmen des Bundes in den letzten Jahren haben den finanziellen Druck weiter erhöht. 2003 sah das niedrigste Schweizer Rüstungsbudget seit Jahrzehnten. Gegenwärtig ist noch nicht entschieden, ob überhaupt ein Rüstungsprogramm 2004 dem Parlament vorgelegt werden wird. Das Ausfallen eines derartigen Programms wäre ein *unnötiges Präjudiz und würde die Glaubwürdigkeit des Bundes als Einkäufer nicht nur bei der Schweizer Industrie untergraben.*

### 6.1 Hochtechnologien stehen im Vordergrund

Bei der Art der zur Beschaffung vorgesehenen Güter ist zunächst infolge akutem Nachholbedarfs eine deutliche Verschiebung des Schwergewichtes *weg von den – mehr oder weniger komplexen – Waffen und Waffensystemen hin zu Nachrichten-, Führungs- und Informationssystemen festzustellen.* Diese Tendenz dürfte in naher Zukunft anhalten.

Zukünftige Rüstungsprojekte gelten darum als technologisch komplex. Was Waffensysteme anbelangt, besteht vielerorts seit längerem die Auffassung, diese könnten nur noch im internationalen Verbund angegangen werden. Eine aktive Beteiligung der Schweiz, von Schweizer Firmen oder von Schweizer Töchtern von internationalen Firmen an internationalen Projekten drängt sich dort *deshalb bereits in der Entwicklungsphase auf.*

Ein Ausblick auf einige wichtige zukünftige Beschaffungsvorhaben zeigt, dass die technologischen Anforderungen immer komplexer und anspruchsvoller werden. Ein Auszug aus der Beschaffungsliste, an der gearbeitet wird:

- Führungssysteme Stufe Armee
- Mobiles Führungssystem

- *Neues Kampfflugzeug*
- *Militärisches Tarnsportflugzeug*
- *Infrarot-Lenk Waffen*
- *Mehrzweckhelikopter*

Die Schweizer Rüstungsindustrie muss, will sie da wenigstens in Teilbereichen mithalten können, das für Forschung, Entwicklung, Produktion, Instandhaltung, Kampfwerterhalt, Kampfwertsteigerung und Entsorgung erforderliche industrielle Know-how bereitstellen und langfristig sichern können.

## 6.2 Keine Abhängigkeit vom Ausland bei zentralen Rüstungsgütern

Im Lichte des Bekenntnisses des Bundesrates zu einer auch in Zukunft zu wesentlichen Teilen *auf der Schweiz mit basierten Rüstungsbeschaffung*, stellt sich die Frage, wo Eigenentwicklungen und die autarke Herstellung wehrtechnischer Produkte in der Schweiz sinnvoll sind. Dazu gehören sicher die zu beschaffenden Führungsinformationssysteme – eines der bedeutendsten Rüstungsprojekte der nächsten Jahre.

Bewertet man die Bedeutung unabhängiger Lösungen, so springen einem sicher weniger die Waffensysteme ins Auge; diese kann man irgendwo beschaffen, man lernt sie einzusetzen und zu warten. Kritischer sind die unabhängigen und geschützten funktionsfähigen Führungssysteme. Diesen kommt höchste Bedeutung zu. Sich in diesen Bereichen in Abhängigkeitssituationen zu begeben, bedeutet heute nicht nur bei Unternehmungen oft *den Beginn der Aufgabe der Selbständigkeit. Das gilt auch für Armeen.*

Gerade im Bereich Führungsinformationssysteme bestehen in der Schweizer Industrielandschaft gute Chancen für eine eigenständige Lösung. Denn hier verfügt die Schweizer Rüstungsindustrie über das *notwendige Know-how* als auch über die notwendigen *Kapazitäten*, um ein auf die Schweizer Armee massgeschneidertes und trotzdem internationalen Standards entsprechenden Führungsinformationssystem zu entwickeln und zu integrieren.

Eine völlige Abhängigkeit des Rüstungsbereichs vom Ausland muss – gerade im hochsensiblen Schlüsselbereich Führungsinformationssysteme – aus *sicherheitspolitischem Interesse unbedingt vermieden* werden. Betrieb und Nutzung der immer komplexer werdenden Systeme erfordern geradezu, dass das *nötige Fachwissen und die erforderlichen Technologien im Inland verfügbar bleiben.*

## 6.3 Beispiel Führungsinformationssystem (FIS)

Die Schweizer Armee hat sich entschieden, mit der Armeereform den Technologiesprung endlich zu vollziehen. Dazu gehört in erster Linie die Modernisierung der Führung der Armee, insbesondere des Heeres. Sie muss sowohl den veränderten technologischen Möglichkeiten als auch den *Einsatz-Rahmenbedingungen moderner Konfliktformen* angepasst werden. Als logische Folge der angestrebten Modernisierung der Schweizer Armee sieht der Bundesrat in der Beschaffung eines integrierten militärischen Führungs- und Informationssystems eine hohe Priorität.

Es soll den elektronischen Führungsverbund von grossen Verbänden und Truppenkörpern in der Armee ermöglichen. Modernste Technik stellt sicher, dass die Informationsverarbeitung innerhalb und der Informationsaustausch zwischen festen aber auch den mobilen Führungszellen schnell und fehlerfrei ablaufen und die Informationen der militärischen Führung verschiedener Stufen *möglichst rasch und benutzerfreundlich* zur Verfügung stehen. Ein derartiges System ist eine entscheidende Voraussetzung für die moderne militärische Führungstätigkeit.

Die Wirkung – im positiven und negativen Sinne – integrierter Führungsfähigkeit prägte das Bild von grösseren bewaffneten Konflikten der letzten Jahre. Auf der einen Seite moderne Streitkräfte, die dank Informationssicherheit und Informationsüberlegenheit gezielt Erfolgchancen mit minimalem oder optimiertem Aufwand wahrnehmen konnten. Auf der anderen Seite überforderte Führungsstrukturen konven-

## Sicherheit durch Kooperation und Interoperabilität

Sicherheit durch Kooperation ist das Leitmotiv des Sicherheitspolitischen Berichtes 2000. Das Motto bedeutet, Fähigkeit zu Zusammenarbeit unter den sicherheitspolitischen relevanten Akteuren im Inland (Bevölkerungsschutz, Kantone, Polizei, Wehrdienste etc.). Der Grundsatz bedeutet weiter, Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern. Ausgeschlossen sind Militärbündnisse, vorbehalten bleibt die Neutralität. Interoperabilität ist deshalb mit den Partnern der Armee in der Schweiz sinnvoll und nötig; punktuell kann sie auch mit ausländischen Partnern nötig werden; Interoperabilität kann und darf aber nicht heissen, dass unsere Armee ihre Autonomie in Erfüllung des Verteidigungsauftrags gefährdet. An dem hat sich ein Führungsinformationssystem der Armee auszurichten.

tioneller oder paramilitärischer Streitkräfte, die zu keiner Zeit den Überblick über sich rasch entwickelnde Konflikt- und Gefechtssituationen gewannen und die entscheidende Initiative allzu rasch aus der Hand geben mussten.

Die Beschaffung eines neuen Führungsinformationssystems stellt für die neue Rüstungspolitik des *Bundes den Testfall dar*. Während bei Waffensystemen wie Flugzeugen klar ist, dass sie im Ausland zu beschaffen sind, weil hier eine Autonomie nach Beschaffung der nötigen Stückzahl nicht weiter notwendig ist und die Industriebasis fehlt, liegt hier der Fall anders. Wesentliche Teile des FIS können nicht nur in der Schweiz selber mitentwickelt und auch gefertigt werden; es gibt zusätzlich ein ausgewiesenes sicherheitspolitisches Interesse der Schweizer Armee, diese «Innereien» ihrer Führungsfähigkeit nicht aus den Händen zu geben. *Die Schweiz muss im Kernbereich der Führungsinformationssysteme einen hohen Grad an Autonomie und Sicherheit aufrechterhalten*. Eine langfristige Abhängigkeit von ausländischen Herstellern für Beschaffung, Betrieb und Weiterentwicklung dieses zentralen Führungsinstrumentes ist zu vermeiden. Mit einer Schweizer Lösung werden in der inländischen Industrie bestehende Kompetenzen in diesem sicherheitspolitischen Kernbereich gebildet und gefestigt.

Gerade im heutigen Umfeld des permanenten Wechsels und der Umgestaltung der Schweizer Armee ist die Fähigkeit für *schnelle und unabhängige Upgrades* oder Anpassungen des gewählten Führungsinformationssystems besonders wichtig. Dieser Kernbereich der Führung

der Schweizer Armee ist von kaum beeinflussbaren Weiterentwicklungen der Führungsinformationssysteme im Ausland möglichst unabhängig zu halten.

Der heutige Markt für Führungsinformationssysteme ist nicht konsolidiert. Im Gegensatz zu einem Standardprodukt wie etwa «Office» unterscheiden sich heutige Führungsinformationssysteme in ihrer Ausprägung weitgehend. Zwar sind in der Zwischenzeit einzelne Standards wie etwa der Datenaustausch basierend auf ARM gesetzt oder in Standardisierung begriffen. Generell gibt es jedoch bezüglich internationaler Standardisierung noch viele offene Bereiche, die einer Lösung harren. Sicher ist, dass bei einer Beschaffung eines reinen «COTS» FIS<sup>1</sup> die organisatorischen Prozesse der Schweizer Armee auf das entsprechende Produkt angepasst werden müssten. Die vielfältige und äusserst dynamische, einsatzbezogene Organisationsstruktur der Armee XXI wäre damit aber *in Frage gestellt*.

Daraus lässt sich ein wesentliches Kriterium bei der Wahl des zukünftigen FIS ableiten: In erster Linie sollte die Schweizer Armee einen über die Jahre verlässlichen Partner, anschliessend über eine Plattform (das Rückgrat aller künftigen Funktionalitäten des Führungsinformationssystems) und erst auf dieser Basis ein technisches Produkt auswählen. *Nur mit einem*

<sup>1</sup> «COTS» FIS (commercial off-the-shelf) sind auf die besonderen Bedürfnisse der Schweizer Armee nur mit hohem Kostenaufwand anpassbar. Die organisatorischen Prozesse der Schweizer Armee müssten daher auf das entsprechende Produkt angepasst werden. Die vielfältige und äusserst dynamische, einsatzbezogene Organisationsstruktur der Armee XXI wäre damit aber in Frage gestellt.

*in der Schweiz tätigem Konsortium kann längerfristig den Herausforderungen für Beschaffung, Integration, Konfiguration und Anpassung des Führungsinformationssystems an neue Bedürfnisse der Armee rasch und flexibel begegnet werden.*

## **7 Fazit: Kriterien zukünftiger Rüstungspolitik**

Die Schweiz bleibt trotz Bestrebungen zur Sicherheit durch Kooperation ein *dauernd und bewaffnet neutraler Staat; sie tritt keinem Militärbündnis bei*. Die Armee XXI ist darauf ausgerichtet, die Verteidigung der Schweiz möglichst mit eigenen Kräften zu gewährleisten. *Dieses Bestreben ist auch von der Rüstungspolitik zu unterstützen.*

Bei zukünftigen Beschaffungsvorhaben sind Eigenentwicklungen und die autarke Herstellung wehrtechnischer Produkte in der Schweiz sorgfältig gegen Kauf ab Stange im Ausland oder Beteiligungslösungen an internationalen Entwicklungen abzuwägen. Zukünftige Rüstungsprojekte wie komplizierte Waffensysteme sind vielfach technologisch derart komplex, dass sie *nur noch im internationalen Verbund* angegangen werden können. Um dort trotzdem das Know-how auch für die Schweiz zu sichern, drängt sich eine aktive Beteiligung der Schweiz

an internationalen Projekten *bereits in der Entwicklungsphase* auf.

Es gibt aber Kernbereiche, in denen das Know-how in der Schweiz ausreichend da ist, eine *hohe Autonomie Sinn macht* und dank Einbringung internationaler Partner die nötige Kompatibilität gegeben ist. Hier sollte der Weg *der Unabhängigkeit* beschritten werden. Die Rüstungsindustrie sichert dabei in ausgewählten Bereichen das für Forschung, Entwicklung, Produktion, Instandhaltung, Kampfwerterhalt, Kampfwertsteigerung und Entsorgung erforderliche industrielle Know-how. Das kann sie aber nur, wenn sie selber exportfähig bleibt.

Die Sicherung von längerfristigen und nachhaltigen Kooperationen mit ausländischen Partnern sowie die Bedingung der Exportfähigkeit verlangen darum auch nach verbindlichen Zusagen seitens der Behörden im Umgang *mit international koordinierten und diskriminierungsfreien, liberalen Exportkontrollbestimmungen (Kriegsmaterialgesetz und Güterkontrollgesetz)*.

*Bei Rüstungsbeschaffungen haben aus haushaltspolitischen Gründen Lösungen im Vordergrund zu stehen, die zu wettbewerbsfähigen Preisen erhältlich sind und die sich an internationalen Standards orientieren. Eine völlige Abhängigkeit des Rüstungsbereichs vom Ausland muss aber gerade im Bereich der Sicherheitspolitik und Armee vermieden werden. Betrieb, Nutzung und Sicherheit der immer komplexer werdenden Systeme erfordern, dass das nötige Fachwissen und die erforderlichen Technologien auch in Zukunft im Inland ausreichend verfügbar sind.*

## Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft

### Unsere Ziele

Der Verein und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

### Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von

- Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. [www.chinfo.ch/vsww](http://www.chinfo.ch/vsww)),
- von Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen

- gegen eine moderne Milizarmee gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen (1987, 1989, 1993, 1997, 2000, 2001, 2002, 2003),
- Expertenbeiträge zur einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

### Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

### Unsere Finanzierung

Wir finanzieren uns durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate und danken allen im voraus für Ihre Unterstützung.

### Unsere Publikationen

Sie finden rund zwei Dutzend Studien unter: [www.chinfo.ch/vsww](http://www.chinfo.ch/vsww)

#### Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft  
Postfach 65, 8024 Zürich, Internet: [www.chinfo.ch/vsww](http://www.chinfo.ch/vsww)  
Telefon: 01-266 67 67 oder Fax: 01-266 67 00

**PC-Konto 80-500-4**  
**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**